

# Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Bezugspreis:** In den Ausgabenstellen und Filialen monatl. 4.50 zt., mit Zustellgeld 4.80 zt. Bei Postbezug monatl. 4.89 zt., vierteljährlich 14.66 zt. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 zt. Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

**Anzeigenpreis:** Die einpaltige Millimeterzelle 15 gr., die einpaltige Reflektorzelle 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Dg. Pl., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Blockdruck u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postfachkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 165

Bromberg, Sonnabend den 22. Juli 1933

57. Jahrg.

## Simon als Revisionist?

Nach einer Londoner Meldung des bekanntlich dem Völkerbundsekretariat nahestehenden „Journal de Genève“ soll der englische Außenminister Sir John Simon kurz vor dem Antritt seiner Urlaubsreise nach Südamerika auf einem Bankett des königlichen Instituts für Internationale Angelegenheiten eine aufsehenerregende Rede über die gebietsmäßige Revision der Friedensverträge gehalten haben, die jedoch von den beteiligten Seiten geheimgehalten worden sei, so daß in der Presse keinerlei Mitteilungen über die Rede erschienen sind. Dieses Stillschweigen ist jedoch nach dem „Journal de Genève“ nicht auf allen Seiten gemahrt worden.

In dieser Rede hat nun nach dem Blatt Sir John Simon erklärt, die Unterzeichnung des Vier-Mächte-Paktes sei der Ausgangspunkt für eine große internationale Aktion zur Revision der Friedensverträge in Europa. Der Zeitpunkt sei jetzt gekommen, um die Revision der gebietsmäßigen Bestimmungen über die Grenzregulierung zwischen Deutschland und Polen und zwischen der Kleinen Entente und Ungarn in Angriff zu nehmen. Da die Methode des Vergleichs gescheitert und der Artikel 19 des Völkerbundpaktes nicht anwendbar sei, müsse daher jetzt die Lösung der Revisionsfrage im Rahmen des Vier-Mächte-Paktes gefunden werden.

Diese Rede des englischen Außenministers soll, so schreibt das „Journal de Genève“ weiter, in diplomatischen Kreisen Londons größtes Aufsehen erregt haben. Man habe zunächst nicht verstanden, welche Gründe den englischen Außenminister veranlaßt hätten, kurz vor seiner Abreise eine derartig sensationelle Erklärung abzugeben. In unterrichteten Kreisen sei man jedoch der Auffassung, daß die Stellung Sir John Simons schwer erschütterter sei und er den Wunsch gehabt hätte, noch in letzter Stunde einen Grundlag des ihm nahestehenden Ministerpräsidenten Macdonald zum Ausdruck zu bringen. Nach dem Blatt soll Macdonald zu der Auffassung gekommen sein, daß infolge des Scheiterns der Weltwirtschaftskonferenz die gesamten internationalen Bemühungen jetzt nur noch im Rahmen des römischen Vier-Mächte-Paktes verlaufen müßten.

Der Krakauer „Kurier“ Kurjer Codzienny“, dem wir diesen Auszug aus dem „Journal de Genève“ entnehmen, bezweifelt, daß John Simon eine solche oder ähnliche Rede gehalten habe. Er meint jedoch, daß die polnische öffentliche Meinung das sensationelle Gerücht ohne Rücksicht auf den Grad seiner Glaubwürdigkeit mit derselben Ruhe aufnehmen werde, die das Gefühl der eigenen Kraft verleibt. „Wir sind“, so schreibt das Krakauer Blatt, „überzeugt, daß, wenn ähnliche Worte aus dem Munde Sir John Simons gefallen sind, seine Stellung tatsächlich sehr erschüttert wäre, und zwar mit Rücksicht auf die in den Debatten im Unterhause einmütig(?) zum Ausdruck gebrachte Meinung aller englischen Parteien über die Revision der Grenzen und der Verhältnisse in dem jetzigen Europa. Es scheint übrigens auch ziemlich unwahrscheinlich, daß sich irgend einer der dem Vier-Mächte-Pakt angehörenden Staaten erlauben würde, offen die Frage einer Grenzrevision unter Aushenachtlaffung des Verfahrens des Art. 19 aufzurollen, da sogar der Vierer-Pakt nur einen solchen Weg vorsieht.“

Das Blatt meint zum Schluß, daß der von Polen gegenüber dem Vier-Mächte-Pakt eingenommenen Standpunkt richtig gewesen sei.

Zu der Mitteilung über die Rede Simons im „Journal de Genève“ schreibt der „Kurier Poznański“ u. a.:

Ein pikantes Moment bei dieser Nachricht ist die Tatsache, daß Sir John Simon Jude von Geburt ist. Das hindert ihn indessen nicht, heute für eine Grenzrevision zugunsten des Hitler-Deutschland einzutreten. Dadurch wird von neuem unsere Behauptung bestätigt, daß der Kampf mit den Juden den Deutschen nicht allzu sehr schadet, und daß im Grunde verschiedene einflußreiche Juden Revisionisten geblieben sind. Wir erinnern auch daran, daß bei der deutschfeindlichen Kundgebung im englischen Unterhause ausdrücklich betont worden ist, daß eine Deutsche Regierung, die die Juden unterdrückt, eine Grenzrevision nicht verlangen könne. Aus dieser Darstellung der Sache könnte hervorgehen, daß Deutschland für den Preis der Einstellung der Judenverfolgung die Revision der Verträge verlangen könnte. Ist Sir Simon Anhänger eines solchen Handels? Wie sich zeigt, sind die revisionistischen Schärpen des Vierer-Paktes keinesfalls beilegtigt.

Die reichsdeutsche Presse bemerkt zu dem Genfer Bericht über Sir John Simons angebliche Revisionspläne — in einheitlicher Skepsis:

Diese Meldung des nicht gerade als deutschfreundlich bekannten „Journal de Genève“ muß mit äußerster Vorsicht aufgenommen werden, da sie offenbar lediglich dem Zweck dient, die Englische Regierung nach dem Scheitern der Weltwirtschaftskonferenz zu einer Stellungnahme zu veranlassen, von der das Blatt offenbar hofft, daß sie negativ sein wird.

## Polnisch-sowjetrussisches Geheimbündnis gegen Deutschland?

Sensationelle Enthüllungen der „Germania“.

Aus Wien wird der Berliner „Germania“ geschrieben:

In dem Kampf, den die Diktatoren Europas um die künftige Gestaltung des Abendlandes führen, entfaltet die französische Diplomatie eine fieberhafte Tätigkeit. Ihr Hauptbestreben geht derzeit dahin, das nationalsozialistische Deutschland unbedingt zu isolieren. Dieses Ziel wird auf allen Evidenzen verfolgt: In England und Amerika sowohl wie in Österreich und in Polen.

Einen überaus bedeutsamen Abschnitt in diesem Ringen stellt ein Geheimvertrag zwischen Polen und Sowjetrußland dar. Mit ihm wird bezweckt, den Viermächtepakt zu paralysieren und die Verständigung, die sich zwischen Deutschland und Polen angebahnt hat, zu stören. Der polnische Außenminister Beck, einer der mächtigsten Männer des Landes, steht bei diesen Bestrebungen bedingungslos aufseiten Frankreichs.

Über den Inhalt des nunmehr perfekt gewordenen Geheimvertrages zwischen Polen und Sowjetrußland erzählt die „Germania“ von ihrem russischen Sonderberichterstatter folgende Einzelheiten:

Im Moskauer Politbureau gab der stellvertretende Außenminister der UdSSR, Krestinski, die Tatsache des vollzogenen Geheimabkommens bekannt.

Es ist mit Wissen und Unterstützung Frankreichs zustande gekommen. Die Moskauer und Warschauer Regierung werden durch den Vertrag zu gemeinsamen Aktionen für den Fall verpflichtet, daß im Rahmen des Viererpaktes Entscheidungen zustandekommen, die entweder direkt oder indirekt die Interessen der beiden Vertragspartner verletzen könnten. In einem Spezialprotokoll, das dieser Tage in Moskau unterzeichnet werden wird und dessen Wortlaut bereits feststeht, sind die Richtlinien festgelegt, nach denen ein gemeinsamer Kampf Polens und Sowjetrußlands gegen „imperialistisch-chauvinistische Tendenzen des Deutschen Reiches“ geführt werden soll. Nach den Erklärungen Krestinskijs im Politbureau soll „Nazideutschland“ in erster Linie wirtschaftlich bekämpft werden. Im Falle eines bewaffneten

Konfliktes zwischen Polen und dem Deutschen Reich würde Sowjetrußland nicht nur neutral bleiben, sondern Polen indirekt unterstützen, und zwar vor allem dadurch, daß ihm die Kriegsindustrie der Sowjetunion zur Verfügung gestellt und die Komintern angewiesen werden, im Sinne der Desorganisation des deutschen Hinterlandes tätig zu sein.

Ein Spezialartikel des genannten Ergänzungsprotokolls zu dem russisch-polnischen Geheimabkommen steht auch weitgehende Maßnahmen gegen die ukrainisch-nationale Bewegung, die beiden Staaten sehr unangenehm ist, vor. Sowohl Polen wie auch Sowjetrußland werden in Zukunft dem ukrainischen Separatismus erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden und ihn gemeinsam bekämpfen statt ihn, wie bisher, im Nachbarlande zu fördern.

Der „Dziennik Bydgoski“ bemerkt dazu:

„Die obigen Enthüllungen der „Germania“ haben lediglich einen praktischen Wert, sie zeigen, daß der Vierer-Pakt, der ohne Verständigung mit Polen und Sowjetrußland abgeschlossen worden ist, nicht den geringsten Wert besitzt. Deutschland selbst sieht, was es für eine Dummheit begangen hat, und malt die polnisch-russische Verständigung als Teufel an die Wand. Die Enthüllung der „Germania“ muß man mit Anerkennung begrüßen, ohne Rücksicht darauf, ob sie richtig ist, da sie den letzten Rest des freundschaftlichen Abkommens von Rapallo zwischen Deutschland und Sowjetrußland auflöst, den Wert, sowie die Bedeutung des Vierer-Paktes auf Null herabsetzt und ganz Europa dahin befehrt, daß Polen in keinem Falle ein Gebiet ist, auf dem die Direktiven des unipartokratischen Direktoriums der Vier ausgeführt werden, sondern eine Macht, die aktiv und bewußt selbständig die Schicksale der Geschichte beeinflusst.“ (Nach den Enthüllungen der „Germania“ soll aber doch eine andere Macht und zwar gerade ein Mitglied der „großen Vier“ — nämlich Frankreich den Hebel für die polnisch-sowjetrussische Gleichschaltung bedient haben! D. R.)

## Reichstorkfordat in Rom unterzeichnet.

Rom, 21. Juli.

Am Donnerstag mittag ist in der vatikanischen Staatskanzlei das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich durch Vizekanzler von Papen und Kardinal-Staatssekretär Pacelli unterzeichnet worden. Der feierlichen Handlung, die einen der wichtigsten politischen Schritte des jungen Deutschland festlegt, wohnten noch bei Ministerialdirektor Dr. Buttman vom Reichsinnenministerium und in Vertretung des deutschen Botschafters beim Vatikan, Botschaftsrat Klec, sowie Monsignore Piccaro vom Vatikanischen Staatssekretariat.

Nach der Unterzeichnung wurde Vizekanzler von Papen vom Papi in Privataudienz empfangen. Nach einem Gespräch von etwa 20 Minuten stellte Vizekanzler von Papen Ministerialdirektor Dr. Buttman vor, mit dem sich der Heilige Vater längere Zeit unterhielt, und anschließend die übrigen Herren seiner Begleitung.

### Papen über das Konkordat.

Unmittelbar nach der Unterzeichnung hatte Herr von Papen eine Unterredung mit dem Vertreter deutscher Zeitungen Georg Dertinger, der als einziger Journalist den Vizekanzler im Sonderflugzeug nach Rom begleitete.

„Sie haben, Herr Vizekanzler“, so fragte Dertinger, „soeben einen Vertrag mit dem Heiligen Stuhl unterzeichnet, wie er mir in der deutschen Geschichte einzigartig erscheint. Aus der Ehe und Antihese von Kirche und Staat ist in diesem Abkommen eine harmonische Synthese geworden. Ist hiermit endlich ein Weg gefunden worden, der Staat und Kirche überhaupt auf völlig neuer Grundlage einer friedlichen Zusammenarbeit entgegenführen kann?“

„Gewiß“, erwiderte der Vizekanzler, „der Liberalismus forderte eine Trennung von Kirche und Staat und hat in Wirklichkeit einen unfruchtbaren Kampf zwischen beiden heraufbeschworen. Während seiner Herrschaft sind beide nicht nur einander entfremdet, sondern völlig voneinander worden. Erst den neuen politischen Anschauungen, wie sie in Deutschland zum Durchbruch gekommen sind, gelingt es wieder, eine erspriechliche Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche zu gewährleisten. Es ist ja gerade das Wesen der Staatsideen, wie sie in Italien und Deutschland herrschen,

daß alle lebensfähigen Kräfte, so auch der Kirche, mit dem Staat zusammenarbeiten sollen.“

„Dernach ist es doch wohl als eine historische Tatsache anzusehen, daß erst der Weg der nationalsozialistischen Revolution die Voraussetzungen zu der jetzt erfolgten christlichen und vorurteilsfreien Verständigung zwischen Staat und Kirche schuf?“

„Zweifello“, erwiderte Papen, „der nationalsozialistische Staat will ja das Volk auf völlig neue Grundlagen stellen, von denen die christlichen Lehren und die Kirchen besonders wichtig sind.“

Bei der allgemeinen grundsätzlichen Bedeutung des Kirchenvertrages, so fragte der Berichterstatter weiter, „darf man doch wohl annehmen, daß das Konkordat als Norm auch für die Beziehungen zwischen dem Reich und der evangelischen Kirche angesehen werden kann, soweit nicht durch das Verfassungswort bereits die Besonderheiten der evangelischen Kirche ihre Berücksichtigung gefunden haben.“

„Sicherlich“, erwiderte Papen, „auch die katholische Kirche hat den Wunsch, daß der Evangelischen Kirche die gleichen Sicherheiten für die Arbeit gegeben werden, wie es für die katholische Kirche im Konkordat der Fall ist.“

Die hier getroffene klare Abgrenzung der Einflußsphären zwischen Staat und Kirche muß naturgemäß auch für die evangelische Kirche gelten.

„Die Verträge“, so bemerkte Dertinger, „die der Heilige Stuhl mit den Mächten abschließt, werden als internationale Ereignisse immer besonders hoch gewertet. Die Bereitwilligkeit des Heiligen Stuhles, mit dem neuen Deutschland ein Abkommen zu schließen, darf doch wohl ohne Übertreibung als eine grundsätzliche Anerkennung dafür betrachtet werden, daß das neue Deutschland ein besonders starkes Bollwerk gegen Bolschewismus und Gottlosigkeit ist.“

Vizekanzler von Papen antwortete: „Der Vatikan ist ohne Zögern an das Vertragswerk mit dem neuen Deutschland herangegangen in der Überzeugung, daß der

### Kampf gegen den Bolschewismus und die Gottlosenbewegung

eine so lebensentscheidende Aufgabe ist, daß die Kirche jedem ihre Unterstützung leihen muß, der sich diese Aufgabe gestellt hat. In diesem neuen Deutschland ist hier ein besonders starker und wichtiger Faktor entstanden.“

Vor allem aber zeigt sich hier als entscheidendes bestechendes Element für die sich anbahnende Neuordnung Europas die Tatsache, daß Italien und Deutschland je nur von einem Mann regiert werden, und nicht von Parlamenten, Kabinetten und Parteien. Die Entscheidungen dieser Persönlichkeiten bedeuten heute Weltgeschichte.

### Papen an Hitler.

Berlin, 21. Juli. (P.M.) Aus Anlaß der Unterzeichnung des Konkordats richtete Vizekanzler von Papen an den Reichskanzler Adolf Hitler ein Telegramm, in dem er u. a. betonte, daß das Konkordat ein Werk ist, das in Zu-

kunst als ein historisches Werk der Nationalsozialisten anerkannt werden wird. Die Wiederherstellung der christlichen, nationalen und sozialen Grundlagen wird einen wirksamen Schutz der westeuropäischen Kultur gegen jegliche Anschläge ermöglichen. In diesem historischen Werk wird Deutschland ein unerschütterliches Fundament bleiben.

**Auszeichnungen und Geschenke  
anlässlich des historischen Tages.**

Kardinal-Staatssekretär Paccelli überreichte nach Unterzeichnung des Reichskonkordats dem Vizekanzler von Papen das Großkreuz des Pius-Ordens, dem Ministerialdirektor Buttmann ein Bildnis des Papstes mit eigenhändiger Unterschrift und dem Datum der Konkordats-Unterzeichnung. Oberregierungsrat von Hofe erhielt aus den Händen des Kardinal-Staatssekretärs den Komtur des Gregorius-Ordens und Herr von Tschirschny sowie Voegenhoff den Komtur des Silvester-Ordens. Vizekanzler von Papen überreichte dem Kardinal-Staatssekretär als Geschenk der Reichsregierung eine Madonna aus weissem Meißener Porzellan. Sie ist 1 Meter hoch und eine Kopie des 1732 von dem Künstler Kirchner in den Meißener Porzellanwerken hergestellten Originals. Unterstaatssekretär Erzbischof Piccardo erhielt ein Gemälde des deutschen Professors Philipp Frank, den Park von Sanssouci darstellend, und Unterstaatssekretär Ottaviani einen silbernen Teller mit Reichsadler. Auf allen Geschenken befindet sich die Widmung „Zur Erinnerung an das Reichskonkordat 1933.“

**Papen auch von Mussolini empfangen.**

Rom, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Vizekanzler von Papen wurde nach der Unterzeichnung des Reichskonkordats von Mussolini empfangen.

**Für freie Kirchenwahl.**

**Die Erklärung des Evangelischen Oberkirchenrats.**

Der Evangelische Oberkirchenrat erläßt — wie wir bereits gestern kurz mitgeteilt haben — die folgende Bekanntmachung:

„Der Evangelische Oberkirchenrat in Berlin weist nochmals darauf hin, daß die bevorstehenden Kirchenwahlen unter dem Schutz der Zustimmung des Herrn Reichskanzlers stehen, wonach allen Mitgliedern der Kirche die freie Wahl nach kirchlichem Recht nicht verhindert werden soll. Danach dürfen alle wahlberechtigten Gemeindeglieder, gleichgültig für welche der zur Wahl stehenden Listen sie sich als Kandidaten oder Wähler entscheiden, auf den Schutz des Staats rechnen. Die für die unparteiische Durchführung der Wahl verantwortlichen Stellen sind auf Akte, die mit dieser Sicherung der freien Wahl in Widerspruch stehen, hingewiesen und ständig bemüht, ihnen entgegenzutreten. Niemand braucht sich daher in seiner freien Entschließenheit zu fühlen.“

gez. Hundt. gez. Dr. Berner.

**„Evangelium und Kirche“.**

**Ein Aufruf der Jungreformatrischen Bewegung.**

Die Jungreformatrische Bewegung, die am Sonntag ihre Liste „Evangelium und Kirche“ der Liste „Deutsche Christen“ entgegenstellt, erläßt zum Wahltag einen Aufruf, dem wir folgendes entnehmen:

„Wir haben die Wahl nicht gewünscht. Wir bekämpfen den Parlamentarismus in der Kirche und wollen mit alten und neuen Kirchenparteien nichts zu tun haben. Da die Wahl aber stattfindet, rufen wir alle evangelischen Christen zur Entscheidung.“

Wir kämpfen für eine bekennende Kirche. Es genügt nicht, daß unsere Bekenntnisse unangetastet bleiben. Die Kirche muß es wieder neu lernen, sich zu ihrem gekreuzigten Herrn zu bekennen, wie er uns in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments bezeugt wird. Sie muß alle falschen Lehren in der Kirche aufs schärfste bekämpfen.

Wir kämpfen für eine neue Kirche. Politische und kirchenpolitische Reaktion dürfen in ihr keinen Raum haben. Wir wollen neue Gemeinden, in denen aus der Verkündigung Jesu Christi die Kräfte der Buße, des Glaubens und der brüderlichen Liebe wieder lebendig werden. Wir wollen eine Form der Kirche, in der diese Kräfte weder durch übersteigerte Bürokratie noch durch Massenbewegungen überwuchert werden. Eine solche Kirche kann allein Volkskirche werden.

Wir kämpfen für die freie Kirche. Die Kirche muß unabhängig sein vom Staat und vom Druck aller politischen Gewalten. Nur, wenn sie in voller Freiheit Gottes Wort sagt, kann sie ihren Dienst im deutschen Volk tun.

Die Kirche des Evangeliums ist in Gefahr. Darum rufen wir die evangelischen Christen auf, zu ihr zu stehen. Wir stehen zu unserem Staat in Gehorsam und Liebe. Es geht uns bei dieser Wahl nur um die Kirche. Wir wollen die Freiheit ihrer Predigt. Wir wollen ihre Erneuerung aus Gottes Geist und für Gottes Dienst. Darum haben wir uns zusammengeschlossen mit allen, die für eine freie, neue, bekennende Kirche kämpfen wollen.

Evangelische Christen, tretet für eure Kirche ein! Kirche muß Kirche bleiben.

Wählt die Liste „Evangelium und Kirche“.

**Die Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz †**

Die Großherzogin Elisabeth von Mecklenburg-Strelitz, eine geborene Prinzessin von Anhalt, ist am Donnerstag im Alter von 76 Jahren in Neustrelitz plötzlich erkrankt.

Die Verstorbenen, eine geborene Prinzessin von Anhalt, vermählte sich 1877 mit dem späteren Großherzog Adolf Friedrich V. von Mecklenburg-Strelitz, der kurz vor Ausbruch des Weltkrieges starb. Aus dieser Ehe stammen zwei Töchter, die Herzogin Marie, in erster Ehe mit dem päpstlichen Grafen Farnese, in zweiter mit einem Prinzen zur Lippe verheiratet, und Herzogin Futka, die Frau des Prinzen Danilo von Montenegro.

**Bruns spricht erneut im Saag.**

Saag, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Entsprechend der Entscheidung des Gerichtshofes wurde in der gestrigen Verhandlung dem deutschen Vertreter, Professor Dr. Bruns, zum zweiten Male das Wort erteilt, der in längeren Ausführungen das Recht Deutschlands begründete, den Erlaß von Maßnahmen zu fordern, durch welche die Ausführung des Agrarreform-Gesetzes in Polen gegenüber sämtlichen Angehörigen der deutschen Minderheit bis zur endgültigen Entscheidung des Streitfalles eingestellt werde. Der deutsche Bevollmächtigte stützte sich dabei auf die Garantieklausel des Minderheitenschutz-Vertrages. Auf die Frage des italienischen Richters Ancillotti, ob der Standpunkt der Reichsregierung dahin zu verstehen sei, daß diese nicht das Gesetz selbst, sondern dessen Anwendung als im Widerspruch mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages stehend betrachte, erwiderte Professor Dr. Bruns, daß die Reichsregierung lediglich die Anwendung des Gesetzes im Sinne habe.

Auf Wunsch des polnischen Vertreters Sobolewki wurde die weitere Verhandlung auf den heutigen Freitag angelegt.

**Das Urteil im Brest-Prozess.**

Das Warschauer Appellationsgericht gab am Donnerstag, dem 20. d. M., das Urteil in dem Prozeß gegen die ehemaligen Brest-Gefangenen bekannt. Das Urteil des Bezirksgerichts vom 13. Januar 1932 wurde in vollem Umfang bestätigt; sämtliche Angeklagten erhielten dieselben Strafen wie in der ersten Instanz, und zwar:

- Wincenty Witos — 1½ Jahre Gefängnis,
- Sermann Liebermann — 2½ Jahre Gefängnis,
- Wladyslaw Kiernik — 2½ Jahre Gefängnis,
- Norbert Barlicki — 2½ Jahre Gefängnis,
- Kazimierz Baginski — 2 Jahre Gefängnis,
- Adam Prager — 3 Jahre Gefängnis,
- Jozef Putek — 3 Jahre Gefängnis,
- Mieczyslaw Mastek — 3 Jahre Gefängnis,
- Adam Ciolkosz — 3 Jahre Gefängnis,
- Stanislaw Dubois — 3 Jahre Gefängnis.

Außerdem wurde auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt: für die Abgeordneten Baginski, Barlicki, Liebermann, Kiernik und Witos auf die Dauer von drei, für die übrigen auf die Dauer von fünf Jahren.

In der Urteilsbegründung heißt es, das Gericht habe als feststehend angenommen, daß im Jahre 1930 ein politisches Attentat vorbereitet worden sei. Als der parlamentarische Kampf mit der Regierung ergebnislos verlaufen mußte, habe der Zentro-Linksbund beschlossen, ihn auf die Straße hinauszutragen. Man habe versucht, die Regierung mit Gewalt zu beseitigen. Es habe sich darum gehandelt, das Regierungssystem zu ändern, was auch mit einer Änderung der Regierungsmitglieder verbunden werden sollte. Die Resolution des Krakauer Kongresses und der nach dem Kongreß an die Arbeitermassen erlassene Aufruf hätten einen revolutionären Charakter getragen. Der Zentro-Linksbund habe die Massen zum Widerstande gegen die Behörde und zur Inszenierung von blutigen Unruhen vorbereitet. An der Spitze der Verschwörung hätten die Angeklagten Liebermann, Mastek und Putek gestanden; doch auch die übrigen Angeklagten hätten sich der Verschwörung angeschlossen.

Die Verteidiger haben im Namen sämtlicher Angeklagten die Kassationsklage beim Obersten Gericht eingereicht.

**Pan-Amerika.**

London, 21. Juli. (Eigene Meldung.) In hiesigen Kreisen der Weltwirtschaftskonferenz hat die Nachricht von einer Aktion der Vereinigten Staaten zur Bildung eines Pan-Amerikanischen Wirtschaftsblocks eine große Beunruhigung hervorgerufen, da seine Schärfe sich gegen Europa richten soll. Der Delegierte der Vereinigten Staaten Sullivan soll bereits mit den Delegierten der südamerikanischen Länder eine Verständigung erreicht haben. Eine Pan-Amerikanische Konferenz soll unverzüglich nach der Bekanntgabe der Erklärung über die Vertagung der Beratungen der Londoner Konferenz nach Washington einberufen werden. Der Zweck der Washingtoner Konferenz soll in dem Zustandekommen einer Pan-Amerikanischen Wirtschaftsverständigung als Gegengewicht zu der in der letzten Zeit immer mehr beobachteten Isolation Europas von Amerika bestehen. In dem Plane Sullis, der im Auftrage Roosevelts handelt, soll auch die Einbeziehung Japans sowie der Skandinavischen Staaten in den Pan-Amerikanischen Block auf dem Wege besonderer Wirtschaftsabkommen liegen.

**Roosevelt ordnet Börsenkontrolle an.**

Newyork, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wie verlautet, hat Präsident Roosevelt das Schakant und das Justizamt angewiesen, Maßnahmen zu erwägen, um die Börsenbewegungen, die das Erholungsprogramm gefährden können, zu kontrollieren. Die am heutigen Freitag stattfindende Kabinettsitzung wird Schritte beraten, die zur Eindämmung unerwünschter Spekulationen ergriffen werden sollen. Es ist zu erwarten, daß Roosevelt der ihm unterbreiteten Zwangsverordnung (Blankett Code) alsbald zustimmt, um im Zuge der von ihm persönlich geführten Regierungsmaßnahmen zur Einstellung der Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozess das Erholungsprogramm sicherzustellen.

**Roosevelt stimmt der Zwangsverordnung zu.**

Newyork, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Roosevelt hat der Zwangsverordnung (Blankett Code) die bei verkürzter Arbeitswoche eine Erhöhung der Grundlöhne in allen Industrien festlegt, zugestimmt. Durch diese Verordnung ist künftig jede Kinderarbeit verboten.

Gleichzeitig damit hat Roosevelt einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in dem er weitgehende Unterstützung des Notprogramms fordert.

**Aus anderen Ländern.**

**Massenverhaftungen in der Sowjet-Ukraine.**

Nach Meldungen aus dem russischen Grenzgebiet hat die Tscheka (russische politische Polizei) in Odessa zahlreiche Verhaftungen unter den aus Ostgalizien stammenden ukrainischen Emigranten vorgenommen. Insgesamt wurden 18 Personen, vorwiegend Studenten verhaftet, die sich nach der Sowjetukraine begeben hatten, um ihre Studien an kommunistischen Hochschulen fortzusetzen. Auch in Kiew und Charkow wurden unter den Ukrainern aus Ostgalizien zahlreiche Verhaftungen durchgeführt. In Kiew verhaftete man u. a. drei sowjetrussische Offiziere ukrainischer Nationalität. In Charkow wurde die Vereinigung „Ukrainisch-Jachobnia“ („West-Ukraine“) aufgelöst, der die in Charkow aus Ostgalizien eingetroffenen Emigranten angehörten.

**Unruhen in Spanisch-Marokko.**

In Melilla sind ernste Unruhen zusammen mit einem Generalkstreik ausgebrochen. Hervorgehoben wurden sie durch Syndikalistik, welche die Freilassung ihrer verhafteten Genossen forderten. Die Streikenden zwangen sämtliche Geschäftsinhaber, ihre Läden zu schließen. Das Leben in der Stadt ist vollständig erloschen. Das Elektrizitäts- und das Wasserwerk wurden durch Militär besetzt. In den Straßen finden andauernd Scharmügel zwischen Streikenden und den Sicherheitsabteilungen statt. Es wurden 30 Verhaftungen vorgenommen. Bis jetzt hat es zahlreiche Verletzte gegeben. Melilla, eine Hafenstadt in Spanisch-Marokko, zählt etwa 43 000 Einwohner.

**Königreich Mandschukuo?**

Die Mehrheit des Ausschusses, der die Verfassung des Mandschukuo berät, soll nach Reuters für die Einführung der konstitutionellen Monarchie sein. Man hält es für sehr wahrscheinlich, daß der derzeitige Staatschef Pui, der dem chinesischen Kaiserhaus entstammt, zum König des Mandschukuo gekrönt wird.

**Ein Verfassungsminister für Österreich.**

Der frühere Bundeskanzler Dr. Ender ist zum Minister ohne Amtsbereich ernannt worden. Er soll mit der Durchführung der Verfassungs- und Verwaltungsreform betraut werden.

**Der christliche General tritt wieder auf den Plan.**

Wegen einer neuen kriegerischen Aktion des chinesischen Generals Fung gegen Mandschukuo und Japan sind die Verhandlungen über ein Friedensabkommen zwischen China und Japan unterbrochen worden.

**Gandhi unterwirft sich.**

Gandhi hat sich im Interesse der Wiederherstellung des inneren Friedens in Indien entschlossen, die allgemeine Ungehorsamkeitskampagne gegen die Regierung bis zum Abschluß der Friedensverhandlungen einzustellen. Mit der offiziellen Anweisung der Führer des indischen Kongresses an die Massen zur Aufgabe des passiven Widerstandes ist bereits in den nächsten Tagen zu rechnen. Der individuelle Widerstand der Inder gegen die Maßnahmen der Regierung soll dagegen weiter andauern. Gandhi hat sich also den von Vizekönig für die Fortsetzung der Friedensverhandlungen gestellten Bedingungen unterworfen. Seinem Ansuchen um eine Audienz beim Vizekönig dürfte nunmehr entsprochen werden. Gandhi ist der Regierung sogar soweit entgegengekommen, daß er Anweisung gegeben hat, alle für die Organisation des passiven Widerstandes geschaffenen geheimen Körperschaften des indischen Nationalkongresses aufzulösen.

**Die toten Dzeanflieger in der Heimat.**

Die Leichen der beiden litauischen Dzeanflieger Darinus und Grenas sind am Mittwoch kurz nach 4 Uhr mit einem Sonderflugzeug von Stettin nach Romno überführt worden. Eine Staffel von neun Militärflugzeugen ist den toten Fliegern bis zur deutschen Grenze entgegengeflogen. Vor dem Landen kreuzte das Geschwader einige Male über der Stadt und landete dann glatt.

Der Empfang der toten Dzeanflieger gestaltete sich zu einer erhebenden Heldenseier, an der der Ministerpräsident, die Spitzen der Behörden und auch des Militärs sowie etwa 30 000 Menschen teilnahmen. Durch einen Akt des Staatspräsidenten wurde den toten Fliegern das litauische Heldenkreuz verliehen. Auf dem Wege zur Romnoer Kathedrale wurde der Leichenzug durch die zu Ehren der toten Flieger benannten Straßen geführt.

**Weltflieger Post notgelandet.**

Edmonton (Kanada), 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der amerikanische Weltflieger Post mußte in Kat (Alaska) zum zweiten Mal notlanden. Während Post unverletzt blieb, wurde seine Maschine beschädigt. Ein Hilfsflugzeug mit einem neuen Propeller, der an dem Flugzeug des Weltfliegers zu Bruch ging, befindet sich auf dem Wege zur Notlandestelle.

**Auch Mattern auf Alaska notgelandet.**

Newyork, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Maschine des Sowjetfliegers Levanevsky mit dem amerikanischen Flieger Mattern an Bord ist sechs Meilen westlich von Romo auf Alaska infolge Gasolinmangels notgelandet.

**Günther Wirthschaft nach Brasilien weiter geflogen.**

Dakar (Afrika), 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der deutsche Flieger Günther Wirthschaft ist am Donnerstag zu seinem Flug über den Atlantik nach Natal (Brasilien) gestartet.

**Tödtlich abgestürzt.**

München, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Am 19. Juli ist beim Abflug von der Viererpipe bei Mittenwalde der 27 Jahre alte Newyorker Kunstmaler Stanley Warner tödtlich abgestürzt. Die Leiche wurde gestern unter schwierigen Umständen geborgen.

Das in diesem Jahre erschienene Adressbuch der Stadt Budapes ist noch in wenigen Exemplaren vorhanden und beim Herausgeber dieses Buches, Mag. Dr. Weber, Jagellonska 26, Tel. 645, zum Selbstkostenpreis, auch evtl. gegen Patenabgabe, erhältlich. Da mit Rücksicht auf finanzielle Schwierigkeiten kaum noch mit einer weiteren Herausgabe eines Adressbuches in absehbarer Zeit zu rechnen ist, empfiehlt es sich, ein solches so lange der Vorrat reicht, noch zu beschaffen.





Bommerellen.

21. Juli.

Grudenz (Grudziadz).

Ein Schmerzenskind für die Stadt Grudenz

bildet die berühmte Czarniecki-Kaserne, im Volksmunde bisfing „Mabeira“ genannt. Dies berühmte Massenquartier ist ein Schlupfwinkel für dunkle Elemente, über deren Treiben fast täglich die Presse berichtet muß.

Anstatt daß nun nach und nach eine Abnahme der Bevölkerung der Czarniecki-Kasernen einträte, scheint deren Zahl noch zu wachsen. Man kann die Bewohnerzahl dieses Ameisenhaufens z. Bt. auf 3500 Personen und noch höher schätzen, somit auf mehr, als viele kleine Städte beherbergen.

Zur Verschlimmerung der ganzen Situation trägt die in den letzten Monaten zu beobachtende Tatsache bei, daß von auswärts kommende weibliche Personen, die angeblich hier Arbeit suchen, aber keine finden, dort Unterschlupf finden.

Die Stadt steht bei ihrer Finanzmiserie dieser sozialen Plage machtlos gegenüber. Nur mit ausgiebigster staatlicher Hilfe könnte die nötige, wenigstens teilweise Evakuierung der Inassen der Bruckstraße aller möglichen Untingenden und Ausschweifungen erfolgen.

Die Ueberfüllung der Grudenzener Volksschulen

ist ein sehr empfindlicher Übelstand. In den letzten Jahren hat man, abgesehen von der Volksschule im früheren „Lachmanum“, Ecke Böggenstraße (Sienkiewicza) und Pohlmannstraße (Mickiewicza), keine weitere Lehranstalt in Grudenz errichtet.

Um dem Übel der Volksschulüberfüllung nach Möglichkeit abzuhelfen und den inzwischen hinzugekommenen zahlreichen Schulanfängern den Unterricht zu sichern, wollen, wie gemeldet wird, die Schulbehörden in Grudenz drei neue Volksschulen errichten.

Im Zusammenhang mit der Vermehrung der Zahl der Volksschulen hat auch die Einteilung der Stadt in Schulbezirke eine Änderung erfahren. Die Stadt Grudenz zählt von nun ab 11 Schulbezirke.

Perionalsnachricht. Vom Sommerurlaub zurückgekehrt ist Kreis- und Burgstarost Rtepokulczycski und hat seine Amtsgeschäfte wieder übernommen.

Gebühren für die Registrierzeichen der mechanischen Gefährte. Die hiesige Burgstaroste gibt folgendes bekannt: Auf Grund der am 15. 1. 33 in Kraft getretenen Verordnung des Verkehrs- und Innenministeriums über den Verkehr der mechanischen Gefährte auf öffentlichen Wegen werden in Zukunft unter dem Titel der Rückerstattung der Kosten der Herstellung der Registrierzeichen für mechanische Wagen folgende Gebühren erhoben:

Eine polizeiliche Razzia, die am Mittwoch veranstaltet wurde und auch die Gegenden an der Weichsel in ihren Bereich zog, hatte die Festnahme von drei Einbruchsgesellen zur Folge. Einer von ihnen war im Besitze eines elektrischen Zählens, den er, wie er eingestand, in einem Hause am Marktplatz (Rynek) gestohlen hat.

Auch Patentschlösser schützen nicht. Als am Mittwoch vormittag eine in der Salzstraße (Solna) 10 wohnhafte Frau nach einem Marktbesuche in ihre Wohnung zurückkehrte, mußte sie die betrübliche Wahrnehmung machen, daß inzwischen Einbrecher dort gehaust und 200 Zloty Bargeld sowie

Kleidung, Wäsche usw. im Werte von 1800 Zloty gestohlen hatten. Die Täter haben selbst das Patentschloß, mit dem die Korridor tür verschlossen worden war, mit einem Dietrich zu öffnen vermocht.

Thorn (Torun).

„Irländische Lotterie“-Schwindler.

Wie die Polizeibehörde mitteilt, wandte sich ein unbekannter Mann, der im Besitz gedruckter Briefbogen mit der Firma „The Poplar Glassworks, Limited-London“ war, an Józef Banaj in Starachowice zwecks Kaufs von Losen einer irländischen Lotterie.

Der Wasserstand der Weichsel nahm in den letzten 24 Stunden um 17 Zentimeter zu und betrug Donnerstag früh am Thorner Pegel 1,77 Meter über Normal. Die Wassertemperatur wurde mit fast 16 Grad Celsius ermittelt.

Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Thorn werden voraussichtlich im März oder April kommenden Jahres stattfinden.

Der Hauptkommandant der Staatspolizei, Oberst Jagrym Malczewski, der sich zurzeit im benachbarten Ciechocinek zur Kur aufhält, stattete am Mittwoch unserer Stadt einen Besuch ab.

Die See- und Kolonialliga veranstaltet im August unter der Devise „Durch Polen zum Meere“ ein Treffen der polnischen Ruderer, Segler und Rahnfahrer in Gdingen. Die Teilnehmer müssen sich auf dem Wasserwege bis zum 4. August, mittags 12 Uhr, in Plotterie (Plotorja), an der Dremenzmündung etwa 6 Kilometer oberhalb Thorns, versammeln.

„Zeitgenössische“ Jugend. Unsere Thorner Jungen im Alter von etwa 10—12 Jahren haben ein neues Spiel „erfunden“, dem sie sich mit großer und besserer Dinge würdiger Hingabe widmen. Sie machen sich nämlich an unbeaufsichtigt parkende Kraftwagen heran und lassen aus den Reifen die Luft heraus!

Ein glimpflich abgelausener Unfall trug sich am Mittwoch an den für die Beamten der Eisenbahndirektion bestimmten Neubauhäusern in der Mellienstraße (ul. Mickiewicza) zu. Ein zum Abputzen der Außenfronten errichtetes Gerüst brach plötzlich zusammen.

Einbruch- und andere Diebstähle. In der Nacht zum Mittwoch versuchte ein Unbekannter in die im Parterre des Deutschen Konsulats, Brombergerstraße (ul. Bydgoska) 34, belegene Wohnung des Kanzlers Bunze durch ein offenes Fenster einzudringen.

Recht umfangreich ist der Polizeibericht vom Mittwoch. Er führt nämlich auf: einen versuchten und zwei ausgeführte Einbruchsdiebstähle, vier gewöhnliche Diebstähle, von denen einer inzwischen aufgeklärt wurde, zwei Betrügereien, vier Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, ein Vergehen gegen die Meldeordnung und zwei Störungen der öffentlichen Ruhe.

Recht umfangreich ist der Polizeibericht vom Mittwoch. Er führt nämlich auf: einen versuchten und zwei ausgeführte Einbruchsdiebstähle, vier gewöhnliche Diebstähle, von denen einer inzwischen aufgeklärt wurde, zwei Betrügereien, vier Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, ein Vergehen gegen die Meldeordnung und zwei Störungen der öffentlichen Ruhe.

Warten Sie nicht länger

sondern bestellen Sie noch heute die „Deutsche Rundschau“. Dadurch haben Sie die Gewähr, daß Ihnen die Zeitung pünktlich vom 1. August ab zugestellt wird.

— Aus dem Kreise Thorn, 19. Juli. Lebensmittel wurden dem Besitzer Kirste in Guttan aus dem Keller gestohlen, ohne daß die Diebe ergriffen werden konnten, obwohl sie von den Hausleuten bemerkt wurden.

— Aus dem Landkreis Thorn, 20. Juli. Gestohlen wurden kürzlich dem Wirtschaftsbeamten Tomasz Karlowski in Thornisch-Papau (Papowo Torunskie) drei Schapelpe, Kleidungs- und Wäschestücke im Gesamtwerte von etwa 800 Zloty.

ch. Berent (Koscierzyna), 19. Juli. Auf dem Berenter Standesamt wurden im zweiten Quartal dieses Jahres (in Klammern der Stand vom ersten Quartal) 61 (54) Geburten, 9 (12) Eheschließungen und 21 (33) Todesfälle registriert.

Der letzte Vieh- und Pferdemarkt war mit etwa 350 Pferden und 250 Stück Rindvieh gut besetzt. Man zahlte für mittlere Pferde 250—350, für gute bis 500 Zloty, für bessere Kühe 120—200, für Jungvieh 60—90, für Hammel 40, für das Paar Ferkel 20—35 Zloty.

Ein Pferd gestohlen wurde heute nacht von der Weide zum Schaden des Adolf Paczkowski in Suchostrzaygi hiesigen Kreises. Es handelt sich um eine achtjährige braune Stute von 1,51 Meter Größe, unbeschlagen, in gutem Futterzustande.

Gdingen (Gdynia), 20. Juli. Feuer entstand infolge leichtsinnigen Hantierens mit offenem Lichte in der Tischlerwerkstätte des Leo Skwiercz in Drbst. Ein Teil der Wohnbarade wurde ein Raub der Flammen.

Ein gefährliche Bande von Wohnungsdieben konnte gestern von der Polizei unschädlich gemacht werden. Sämtliche Täter sind schon mehrfach vorbestraft. Ein großer Teil der reichen Diebesbeute wurde bei den Dieben aufgefunden.

In Seenot geriet die schwedische Yacht „Cos“ in der Nähe von Rixhöft. Auf die von der Besatzung gegebenen Hilfezeichen hin eilte eine größere Abteilung von Pfadfindern zu Hilfe und rettete die Besatzung.

Einem schweren Unglücksfall zum Opfer fiel beim Bau im Hafen der Arbeiter Józef Neumann von hier. Er fiel von einem hohen Gerüste und brach sich hierbei beide Beine.

Großendorf (Wielka Wies), Seckreis, 19. Juli. Vom Zuge überfahren wurde der 18jährige Schüler Konecny, als er das Bahngelände überqueren wollte.

ch. Karthaus (Kartuzy), 19. Juli. Der Gastwirt Franz Kretz in Pomieczyn beging am 19. d. M. den 60. Jahrestag seiner Berufstätigkeit. Der Jubilar war Mitbegründer des Gastwirtsvereins für den Kreis Karthaus und ist von dessen Vorstand mit einem Ehrendiplom ausgezeichnet worden.

Advertisement for German Roundtable (Deutsche Rundschau) with contact information for various locations like Grudenz, Thorn, and Culmsee.

Advertisement for Emil Romey, a paper merchant (Papierhandlung) located at Torunska Nr. 16, with contact details.

Advertisement for Töpferarbeiten (Pottery) and Butterbrotpapier (Butter paper) with contact information for Justus Wallis.

Advertisement for Culmseeer Geschäfts-, Privat- und Familien-Anzeigen (Culmsee Business, Private and Family Advertisements) with contact information for Lindemann.



## Darre über aktuelle Fragen deutscher Agrarpolitik.

Berlin, 19. Juli. (Eigene Meldung.) Der nationalsozialistische „Zeitungsdienst“ veröffentlicht eine Unterredung des Reichsernährungsministers Darre mit dem Hauptschriftleiter des „Zeitungsdienst“, Graf Reichach, über aktuelle Fragen deutscher Agrarpolitik.

Reichsminister Darre erklärte u. a. folgendes: Die reichsgesetzliche Regelung des berufsständischen Aufbaues des Landstandes ergibt sich einmal aus dem nationalsozialistischen Programm. Wenn aber jetzt für die Landwirtschaft eine Sonderausnahme gemacht wurde und dieses Gebiet bereits reichsgesetzlich in Angriff genommen wird, dann hat das folgende Gründe: Einmal ist die Landwirtschaft in den Fragen des Berufsstandes weiter als alle übrigen Wirtschaftsgebiete. Das hängt damit zusammen, daß die vergangene Epoche des Liberalismus die Landwirtschaft eigentlich durch Jahrzehnte hindurch in eine passive Rolle drängte, die sie zwang, sich zur Verteidigung zu organisieren. Wenn die deutsche Landwirtschaft nicht von sich aus bereits zu einer Vereinheitlichung ihres berufsständischen Aufbaues gekommen ist, so waren daran verschiedene unglückliche Umstände schuld. So stand die unterschiedliche Gesetzgebung der Länder auf Grund der historischen Entwicklung des Reiches dem einheitlichen Zusammenschluss hemmend im Wege. Diese Hemmnisse sind nun durch das Reichsgesetz überwunden worden. Zum anderen aber ist vielfach mit vollem Bewußtsein ein einheitlicher Zusammenschluß verhindert worden. Was der Bauer braucht, ist ein berufsständischer Körper, dem er einen Beitrag zahlt und der durch eine zentrale Geldverwaltung dafür sorgt, daß alle den Bauern berührenden Aufgabengebiete von diesem Selbstverwaltungskörper wirklich bewältigt werden. Außerdem muß dieser Selbstverwaltungskörper so aufgebaut sein, daß der Krebschaden der Syndical, der bisher jede wirklich große Aufbauarbeit unterbunden hat, ein für allemal ausgerannt ist.

Ich habe das Wort Siedlung im Rahmen des Gesetzes zur Neubildung deutschen Bauerntums bewußt vermieden. Der Begriff der „Siedlung“ ist auf Grund der marxistischen Propaganda, die bewußt die ländliche Siedlung mit demselben Wort bezeichnet wie die Wohnstättenbewegung am Rande der Großstadt, zu einem Schwammwort geworden, unter dem man sich alles und nichts vorstellen kann. Ich stehe nur auf dem Standpunkt, daß es zwei verschiedene Aufgaben gibt: 1. Die Aufgabe, dem Städter ein menschenwürdiges und gesundes Heim zu verschaffen und zum anderen, die ländliche Siedlung durchzuführen. Dem vergangenen Marxismus kam es bei der ländlichen Siedlung darauf an, bewußt Siedlungen zu schaffen, bei denen die Siedler nicht leben und nicht sterben konnten und sodann auf Geheiß und Verderb vom Wohlwollen der staatlichen Machthaber abhängig waren. Wir aber werden hier einen grundfäglich anderen Weg gehen, und zwar nur solche Siedlungen schaffen, bei denen der Siedler als Bauer durch die Jahrhunderte in der Geschichte erhalten bleiben wird.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Zukunft Deutschlands erst gesichert ist, wenn das Reichskabinett ein Erbhofengesetz für das Erbhofrecht verabschiedet hat; denn es ist meine Überzeugung, daß ohne ein Erbhofengesetz der biologische Bestand des deutschen Blutes nicht erhalten werden kann. Allerdings muß bei dem Erbhofengesetz eine schematische Festsetzung der Größe des Bauernhofes vermieden werden.

Ich werde, und ich weiß, daß ich in voller Übereinstimmung mit dem Reichskanzler spreche, keinen Schritt antauchen, mag er so groß sein, wie er will, wenn er wirtschaftlich gesund ist und sich allein und aus eigener Kraft zu erhalten vermag. Ich werde auch keinen verschuldeten Großbesitz antauchen, wenn er sich nicht mit dem Erbhofengesetz befriedigen will, sondern unter voller Wahrung der Privatinitiative in der Wirtschaft es ihm selbst überlassen, wie er sich durch dieses Wirtschaftsleben durchfindet.

Berlin, 20. Juli. (Eigene Meldung.) Für die Durchführung der vorstädtischen Kleinsiedlung wurden in diesen Tagen aus den Mitteln, die auf Grund des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit von der Reichsregierung zur Verfügung gestellt sind, 50 Millionen R. M. durch den Reichsarbeitsminister zur Verteilung gebracht.

### Wer gilt als Frontkämpfer?

Die Verordnung zur Durchführung der Gesetze über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft und Patentanwaltschaft vom 7. und 22. April 1933 bestimmt die Angleichung dieses Gesetzes an die Bestimmungen des Berufsbeamtengesetzes, die bisher in dieser deutlichen Form noch nicht erfolgt war. Insbesondere wird die Frontkämpferschaft nach den Bestimmungen des Berufsbeamtengesetzes ausdrücklich festgelegt, so daß also die Zugehörigkeit zur Fronttruppe nicht genügt, sondern die Teilnahme an Kampfhandlungen an der Front notwendig ist. Frühere Zugehörigkeit zu einer kommunistischen Organisation soll in diesem Falle nicht unbedingt als Ablehnungsgrund gelten, wenn der Betreffende sich schon vor langer Zeit einer Partei oder einem Verband angeschlossen hatte, die sich nach dem 30. Januar hinter die Regierung der nationalen Erhebung gestellt haben.

### Hohenzollern-Porträts wieder gestattet.

Berlin, 19. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die preussischen Behörden haben an die Staatsbehörden ein Rundschreiben gerichtet, durch welches das Verbot, in den Büros der Landesbehörden die Porträts des ehemaligen Kaisers Wilhelm und der anderen Mitglieder des ehemaligen Kaiserhauses in Deutschland anzubringen, aufgehoben wird.

### Zwei Jahre Gefängnis wegen Hochverrats.

Das Reichsgericht in Leipzig hat den 24-jährigen Schneider Samuel Hirschberg, einen polnischen Staatsangehörigen, zu zwei Jahren Gefängnis und Ausweisung aus dem Reichsgebiet verurteilt. Hirschberg stand unter der Anklage, hochverräterische Handlungen vorbereitet zu haben. Wie das Conti-Bureau meldet, fand die Kriminalpolizei bei der Passkontrolle bei dem Angeklagten belastendes Material, das den Beweis dafür lieferte, daß sich

Hirschberg an der jüdischen kommunistischen Bewegung beteiligt hatte. U. a. wurden zehn Adressen verschiedener Polizeibeamten beschlagnahmt, die der Angeklagte für seine Pläne gewinnen wollte.

### Das Ende der deutschen Vierpfennig-Stücke.

Wie das W.B.-Bureau meldet, findet am Donnerstag dieser Woche im Reichstagsgebäude nach längerer Pause wieder eine Reichsratsitzung statt, in der neben der Beratung kleinerer Angelegenheiten, auch Beschluß gefaßt werden soll über das Schicksal der Vierpfennigstücke. Die Verordnung des Reichsfinanzministeriums, die dem Reichsrat vorliegt, bestimmt, daß die Vierpfennigstücke am 1. Oktober außer Kurs gesetzt werden sollen.

Die Vierpfennigstücke sind Ende 1931 ausgegeben worden, um den Preisabbau zu unterstützen und nach Möglichkeit das Künzpennigstück zu ersetzen. Es hat sich aber dann ergeben, daß sich die neuen Münzen im Verkehr nicht bewährten. An Vierpfennigstücken sind insgesamt 2 Millionen Mark ausgeprägt worden, von denen die Hälfte sich noch in Umlauf befindet. Die Ausprägung ist also auch nicht besonders groß gewesen, wenn man berücksichtigt, daß an Zweifpfennigstücken etwa 5 Millionen Mark und an Einpfennigstücken nahe zu 6 Millionen Mark im Verkehr sind.

### In Preußen wird der Polizeiknüppel abgeschafft!

Durch einen Erlass des preussischen Innenministers Göring wird der von England übernommene Polizeiknüppel in Preußen für den gewöhnlichen Polizeidienst abgeschafft. Er bleibt nur für besondere Ausnahmefälle, so z. B. den sogenannten „Oberfallkommandos“ zur Bedienung vorbehalten.

Der „Angriff“ bemerkt dazu: „Dieses Verschwinden des Polizeiknüppels aus dem Straßenbild wird von der Öffentlichkeit nicht zuletzt auch von den Polizeibeamten, mit großer Genugtuung begrüßt. Ganz abgesehen davon, daß für die alten Nationalsozialisten mit diesem Evening-Instrument die unangenehmsten Erinnerungen verbunden sind, entspricht dieser Knüppel weder einer angemessenen Auffassung von den Aufgaben der Polizei, noch einer solchen von der Behandlung des Volkes. Wenn etwas kennzeichnend war für den Polizeistaat des Zwischenreiches, so war es dieser Knüppel. Es war keine Waffe, wie sie echter Staatsautorität zukommt, sondern ein Prügelmittel zum Erwecken eines schmerzhaften Augenblicksgehorsams inmitten sonst fehlender Autorität. Daß man in Deutschland dieses entehrende Instrument gegen

### Zugung polnischer Juden in London.

London, 18. Juli. (P.M.) Am Sonntag traf in London die Föderation der polnischen Juden in Großbritannien zu einer Konferenz zusammen, an der auch der polnische Votschafter in London, Minister Skirmunt, teilnahm. Diese Konferenz wurde zur engeren Vereinigung aller Vereine und Organisationen der polnischen Juden in Großbritannien einberufen mit dem Ziele, sich über die Methoden einer solidarischen Aktion mit den jüdischen Organisationen in anderen Ländern zur Hilfeleistung für die Opfer der „deutschen Verfolgungen“ schlüssig zu werden, gleichzeitig aber auch eine Selbstverteidigungsaktion gegenüber drohenden Verfolgungen in Erwägung zu ziehen. Die Versammlung eröffnete der Präsident der zionistischen Weltorganisation und Vorsitzende der Föderation der polnischen Juden in Großbritannien, Nachum Sokolow, der betonte, daß Polen niemals seine Geschichte durch einen Akt der Verdrängung von Juden aus dem polnischen Lande bestreiten werde. Der Redner stellte die Wirksamkeit der Verteidigungsaktion ihrer Bürger durch die polnischen Behörden fest und meinte, daß die polnischen Juden in Deutschland sich insoweit in besseren Bedingungen befinden als die deutschen Juden. Sokolow hob mit Nachdruck hervor, daß den Juden in Deutschland ein Boykott nicht geholfen habe. Wirkungsvoll könne nur eine Intervention der anderen Regierungen sein.

Der polnische Votschafter Skirmunt unterstrich in einer kurzen Ansprache den besten Willen der Polnischen Regierung gegenüber den jüdischen Bürgern und stellte fest, daß sowohl die Regierung als auch die polnische Volksgemeinschaft bereit seien, die größtmögliche Hilfe denjenigen zu erteilen, die im Zusammenhange mit den Unterdrückungen Not leiden.

Zum Schluß sprach der Londoner Ober-Rabbiner Herz, der an die Adresse der Polnischen Regierung Worte des Dankes für ihre Humanität der jüdischen Bevölkerung gegenüber richtete. An der Londoner Konferenz nahmen etwa 300 Delegierte aus Großbritannien teil.

### Polnische Juden als Raufhühner.

Einer Meldung des „Kurjer Codzienny“ aus Paris zufolge, wurden dort bei einer ganzen Reihe polnischer Staatsangehöriger jüdischer Herkunft gefälschte Personalausweise gefunden. Verhaftet wurden Josef Gachwald, Benjamin Schachter, Abraham Freund, Gedalfa Swiatko, Jakob Tropp, Mojsze Cukier u. a. m. Die eigentlichen Unternehmer sind Jaak German und Jakob Schwarzstein. Sie befanden sich mit verschiedenen französischen Beamten im Einvernehmen, mit denen sie auch die erhaltenen Gelder teilten. Diese betragen je nach Vermögensverhältnissen der „Kunden“ 1000 bis 2000 Franken.

### Liquidierung der Poalej-Zion-Linke in Warschau.

In den Warschauer Parteilokalen der linksradikalen jüdischen „Poalej-Zion-Linke“ sowie in den von dieser Partei herausgegebenen Zeitungen (Arbeiter-Zeitung, Freie Jugend), wurden dieser Tage von den Polizeibehörden eingehende Hausdurchsuchungen vorgenommen, wobei Flugblätter, Broschüren und zum Druck vorbereitete Manuskripte, sowie andere Instruktionen über die Parteifunktion in den jüdischen Arbeiterzentren gefunden wurden. Die Hausdurchsuchungen, die bis in die späte Nacht hinein dauerten, wurden später auch auf die Privatwohnungen von Mitgliedern der Partei ausgedehnt. 34 Spitzenführer der Partei mit Dr. Lerman, Dr. Gerunim und dem Parteivorordneten Lew an der Spitze wurden verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Auf diese Weise wurde die Poalej-Zion-Linke auf dem Gebiet Warschaws fast vollständig liquidiert.

Menschen von tiefstem und ehrlichstem staatspolitischem Vollen anwandte, wird den Urhebern dieser Niedertracht noch weniger denn viele andere vergessen werden.“

### Es gibt keine deutsche Rüstungsindustrie!

Berlin, 19. Juli. (Eigene Meldung.) Gegenüber irreführenden und mit verleumderischer Absicht verbreiteten Gerüchten über angebliche deutsche Rüstungsaufträge wird aus amtlicher Quelle mitgeteilt, daß es eine deutsche Rüstungsindustrie nicht gibt, und daß es sich bei diesen Gerüchten um kommunistische Versuche handelt, die Weltmeinung zu Ungunsten Deutschlands zu beeinflussen.

### Der Stahlhelm-Tag fällt aus.

Der 14. Reichs-Frontsoldatentag des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, fällt auf Befehl des Bundesführers, Reichsministers Pg. Seidte, aus.

Mäßigend für diesen Entschluß dürfte die Tatsache gewesen sein, daß infolge der Vereinbarung mit der Obersten E.A.-Führung umfangreiche Organisationsarbeiten im Stahlhelm in Fluß gekommen sind, die durch eine so große Veranstaltung, wie es traditionsgemäß der Reichs-Frontsoldatentag des Stahlhelm ist, nicht gestört werden sollen.

An Stelle des Reichs-Frontsoldatentages findet zum vorgesehenen Termin, am 2. und 3. September, in Hannover eine große Reichsführertagung statt, über die nähere Einzelheiten noch bekanntgegeben werden.

### Auslandsdeutsche in der Deutschen Studentenschaft.

Wichtige Ergänzung der Studentenrechtsverordnung.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ist der Paragraph 3 der Preussischen Studentenrechtsverordnung vom 12. April 1933 laut Erlass des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung durch folgende Bestimmung ergänzt worden: „Deutschen, die nicht die Reichsangehörigkeit besitzen, werden durch die Mitgliedschaft zur Deutschen Studentenschaft keinerlei Verpflichtungen gegenüber dem Deutschen Reich oder seinen Ländern auferlegt, die mit den Pflichten gegenüber dem Lande ihrer Staatsangehörigkeit unvereinbar sind. Das gilt insbesondere für die Erziehung der Studenten zur Wehrhaftigkeit und zur Einordnung in die Volksgemeinschaft durch Wehr- und Arbeitsdienst und Leibesübungen.“

### Kleine Rundschau.

Zwei Tote bei einem Zusammenstoß zwischen Lastkraftwagen und Straßenbahn.

Köln, 20. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In der Nacht zum Donnerstag stieß auf dem Oberländer Ufer ein mit 40 bis 50 Zentnern Obst beladener Lastkraftwagen in voller Fahrt mit einer Straßenbahn zusammen. Der Kraftwagen wurde vollständig zertrümmert und der Fahrer sofort getötet. Eine neben dem Fahrer sitzende Frau starb kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus. Von den Fahrgästen der Straßenbahn wurden eine Person schwer und fünf leicht verletzt. Obwohl die Vorderplattform des Triebwagens vollständig eingedrückt wurde, erlitt der Straßenbahnführer nur eine leichte Verletzung.

### Schweres Bootsunglück in Frankreich.

Paris, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Pariser Morgenblätter berichten, daß in der Nähe von Paris sich ein schweres Bootsunglück ereignet hat, dem elf Kinder und ein Geistlicher zum Opfer gefallen sind.

Über das schwere Bootsunglück — nach ergänzenden Meldungen sind es sogar zwölf Kinder — herrscht noch keine Klarheit. Während ein Teil der Pariser Morgenblätter zu berichten weiß, daß das Boot der Ausflügler gekentert sei, weil es zu schwer beladen war, liegt ein Augenzeugenbericht vor, nach dem zuerst ein Knabe aus Unachtsamkeit ins Wasser gefallen ist und alle übrigen in dem Bestreben, ihn zu retten, sich so stark auf eine Seite des Bootes übergeneigt hätten, daß es umschlug. Das Unglück hat sich so schnell abgewickelt, daß die Fischer vom nächsten Ufer keine rechtzeitige Hilfe mehr bringen konnten. Die geretteten vier Knaben sind übrigens nicht, wie es anfangs hieß, ans Ufer geschwommen, sondern haben sich an dem Boot, das Kloben trieb, festgehalten bis Rettung kam. Die Kunde von der Katastrophe hatte sich mit Windeseile in der Umgebung verbreitet. Zwei Stunden später trafen bereits die Eltern der von dem Unglück betroffenen Knaben an dem Ufer ein. Bis zum Abend wurden die Leichen von elf Knaben und die Leiche des Geistlichen geborgen.

### Im Karwendel-Gebirge durch Steinschläge getötet.

Innsbruck, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Am Freitag unternahm zwei reichsdeutsche Studierende an der Innsbrucker Universität, nämlich der Student Heinz Fischer = Basels aus Frankfurt a. Main und Fräulein Ruth Wiesenthal aus Potsdam eine Bergfahrt ins Karwendel-Gebirge. Sie bestiegen den Schlaucherkjattel. Beim Abstieg geriet Fräulein Wiesenthal in einen Steinschlag und wurde von einem Felsstück am Kopf getroffen, wobei sie so schwer verletzt wurde, daß sie kurz darauf starb. Ihr Begleiter holte dann Hilfe herbei. Die ausgesandte Expedition konnte nur noch die Leiche bergen.

### War das Mädchen soviel Tote wert?

In Smyrna kam es wegen eines Mädchens zwischen mehreren Liebhabern zu einer Straßenschlacht. Das Mädchen war wegen seiner Schönheit stark umworben. Einer der Liebhaber des Mädchens wollte dieses entführen und organisierte mit seinen Freunden eine Entführungsexpedition. Davon erhielt sein Nebenbuhler Kenntnis. Vor dem Hause der Schönen, wo sich die beiden Nebenbuhler mit ihren Freunden zusammengefunden hatten, kam es zwischen den beiden Gruppen, die annähernd je 100 Mann stark waren, zu einem mehrere Stunden dauernden Straßekampf. Drei Tote blieben auf der Kampfstraße liegen. 25 andere junge Leute wurden schwer verletzt.

### Wasserstandsnews.

Wasserstand der Weichsel vom 21. Juli 1933.  
Kraukau — 2,16, Zawichost + 2,02, Warchau + 2,47, Błoc + 1,50, Thorn + 1,76, Jordan + 1,73, Culm + 1,66, Graudenz + 1,87, Ruzhebat + 1,95, Wiedel + 1,27, Dirschau + 1,20, Einlage + 2,44, Schiewenhorst + 2,64.

